

Die zentralen Themen der Berichterstattung von April bis Anfang September 2013 sind die Implementierung der europäischen Bankenunion, die Kürzungen in nationalen Verteidigungshaushalten, die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa, die europäische Abhängigkeit von Energieimporten sowie der Syrienkonflikt.

## 1. Bankenunion

Im Jahr 2012 beschlossen die europäischen Staats- und Regierungschefs die Schaffung einer Bankenunion zur Stabilisierung des Finanzsektors. Als Gründungssäulen sollen der Gemeinschaftliche Bankenaufsichtsmechanismus (SSM), der einheitliche Abwicklungsmechanismus (SRM) und die Möglichkeit der Refinanzierung europäischer Banken durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) dienen. Die Experten der Brüsseler Think Tanks analysieren in verschiedenen Publikationen die bisherigen Fortschritte.

Daniel Gros von CEPS benennt folgende Probleme im Bankensektor: Er ist unterkapitalisiert, zu groß und enthält zu viele Akteure ohne nachhaltiges Business-Modell. Zudem erreichen die Schulden des Bankensektors derzeit 250 % des BIPs der gesamten Eurozone. Eine staatliche Rettung ist somit unmöglich. Um die Krise zu überwinden, fordert Gros eine Rekapitalisierung des Sektors sowie eine Umstrukturierung wettbewerbsunfähiger Geschäftsmodelle.

Im Zentrum der Stabilisierungsanstrengungen steht der SSM. Stijn Verhelst vom Egmont Institute erläutert den Mechanismus und zeigt notwendige Ergänzungen auf. Ziel des SSM ist das Aufbrechen der Abwärtsspirale zwischen Finanz- und Staatsschuldenkrise. Zukünftig sollen europäische Banken durch nationale Komitees und die Europäische Zentralbank (EZB) überwacht werden. Die Zusammenarbeit der Nationalstaaten und der EZB schätzt Verhelst als mögliche Schwachstelle ein: Mangelnde Effektivität könnte eine reibungslose Überwachung verhindern. Der SSM kann

zudem nur ein erster Schritt in Richtung Bankenunion sein. Folgen müssen eine Strategie für aktuelle und zukünftige Bankenprobleme, eine Einlagensicherung und eine Harmonisierung der Regeln im Bankensektor. Eine Änderung der Europäischen Verträge hält Verhelst für unnötig.

Nicolas Véron von Bruegel hingegen räumt der Bankenunion als Stabilisator nur dann Erfolgsaussichten ein, wenn sie in den starken politischen Kontext einer fiskalen, ökonomischen und politischen Union eingebunden ist.

Die Ursache für die stockende Implementierung der Bankenunion verortet Stefano Micossi von CEPS in der Wahrnehmung der aktuellen Krise. Sie scheint weniger akut. Folglich nimmt auch die Motivation ab, die Fragmentierung im Bankensektor aufzulösen und die Institutionalisierung voranzutreiben.

Thomas Mayer von CEPS begründet die Blockade mit der ungeklärten Finanzierung insolventer Banken. Die Lösung sieht er in einer radikalen Abkehr vom bisherigen Kurs. Dieser fordert als nächste Stufe die Umsetzung einer Supervision durch EZB und nationale Komitees. Im zweiten Schritt tritt ein Regelwerk zur Abwicklung von Banken in Kraft. Zuletzt folgt die Einlagensicherung. Mayer befürwortet die umgekehrte Reihenfolge: Zuerst werden die Einlagen gesichert, indem die Banken sie mit Zentralbankgeld decken. Während diese Einlagen risikofrei werden, sind alle übrigen Aktivposten der Bank automatisch risikobehaftet. Im zweiten Schritt werden alle Verluste auf der Aktivseite durch bankeneigene Passiva aufgewogen. Dabei gilt die hierarchische Reihenfolge nach der im dritten Schritt eingeführten verregelten Bankenabwicklung. Bail-outs durch den Steuerzahler werden so unwahrscheinlich. Durch die neue Unterscheidung in risikofreie und risikobehaftete Papiere gelten auch Staatsanleihen als risikobehaftet. Die Banken können die Regierungsschulden jedoch in einem einmaligen Tausch an die EZB abgeben und risikofreie Papiere der EZB erhalten. Zum Abbau der nun bei der EZB liegenden Regierungsschulden schlägt Mayer die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

ISABELLE-CHRISTINE

PANRECK

September 2013

Nutzung der zukünftigen Seigniorage vor. Die EZB bleibt so von den Nationalstaaten unabhängig. Ein solches Vorgehen führt zu einer Begrenzung der Kreditausweitung nach freiem Willen der Banken. Gleichzeitig steigen voraussichtlich die Zinsniveaus der Kredite, welche dann nicht mehr staatlich subventioniert sind.

CEPS (12.07.2013): What's wrong with Europe's banks?

<http://ceps.eu/book/what%E2%80%99s-wrong-europe%E2%80%99s-banks>

Egmont Institute (06.2013): Assessing the Single Supervisory Mechanism: Passing the point of no return for Europe's Banking Union.

<http://www.egmontinstitute.be/paperegm/ep58.pdf>

Bruegel (27.06.2013): A realistic bridge towards European banking union.

<http://www.bruegel.org/publications/publication-detail/publication/783-a-realistic-bridge-towards-european-banking-union/>

CEPS (01.07.2013): Tough love for sinners in the eurozone banking union?

<http://ceps.eu/book/tough-love-sinners-eurozone-banking-union>

CEPS (14.05.2013): A Copernican turn in Banking Union urgently needed.

<http://ceps.eu/book/copernican-turn-banking-union-urgently-needed>

## 2. Europäische Verteidigung

In Hinblick auf das Gipfeltreffen des Europäischen Rates im Dezember 2013 diskutieren die Brüsseler Think Tanks über die Zukunft der europäischen Verteidigung. Auf der Agenda der Staats- und Regierungschefs stehen Budgetkürzungen in den nationalen Verteidigungshaushalten sowie die damit einhergehende Reduzierung von Kapazitäten. Im Fokus steht zudem die Zukunft der Kooperation zwischen EU und NATO. Verschiedene Beiträge analysieren die Folgen für die europäische Sicherheitspolitik.

Sven Biscop vom [Egmont Institute](#) greift eine Frage auf, die sich viele EU-Bürger stellen:

Warum braucht Europa überhaupt Militär? Die Antwort findet er in den vielfältigen gemeinsamen Interessen der EU-Mitgliedsstaaten. Um z. B. die Energieversorgung für private Haushalte und Unternehmen zu gewährleisten, muss der Frieden in Europas erweiterter Nachbarschaft gesichert werden. Die aktuelle Militär- und Rüstungszusammenarbeit lässt jedoch ein eigenständiges Agieren der EU nicht zu. Gleichzeitig erhöht die Neuorientierung der USA zum pazifischen Raum den Druck auf Europa in seiner Entwicklung zur eigenständigen Regionalmacht. Zukünftig wird die EU Konflikte in ihrer Nachbarschaft ohne fremde Hilfe lösen müssen. Um auf akute Krisen schnell antworten zu können, muss Europa eine dauerhafte und gemeinsame strategische Ausrichtung erarbeiten.

Clara Marina O'Donnell von [CER](#) und Valerio Briani von [CEPS](#) bewerten die Verkleinerung der nationalen Truppen als Gefährdung der europäischen Sicherheit. Beide unterstützen den Vorschlag erhöhter militärischer Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten und kritisieren das langsame Tempo in der Umsetzung. O'Donnell verortet die Probleme in mangelndem Vertrauen der Mitgliedsstaaten untereinander sowie in der Angst, durch Kooperationen Arbeitsplätze im eigenen Land zu verlieren. Annäherungspotenzial sehen O'Donnell und Briani beim Gipfeltreffen des Europäischen Rates im Dezember 2013. Dort sollen die Regierungschefs die Ausnutzung von Pooling- und Sharing-Möglichkeiten vortreiben, um unnötige Duplikationen von Militärprogrammen und -plattformen auf europäischer Ebene zu vermeiden.

Henna Hopia fordert in einer Studie des [CES](#) eine stärkere Kooperation zwischen der EU und der NATO. Sie kritisiert das bislang nur vage formulierte Bekenntnis zu einer strategischen Partnerschaft. Den Hauptgrund für die stockenden Verhandlungen sieht sie im ungelösten Türkei-Zypern-Konflikt. Laut Hopia ist eine kurzfristige Lösung des Konflikts nicht in Sicht. Um die europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu stärken, schlägt die Autorin eine zweigleisige Strategie vor: Die NATO bleibe nach wie vor ein zentraler Pfeiler europäischer Sicherheitspolitik und sollte entsprechend unterstützt werden. Gleichzeitig sollte die EU jedoch eigene Kapazitäten stärken –

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**EUROPABÜRO BRÜSSEL**

ISABELLE-CHRISTINE  
PANRECK

**September 2013**

etwa für den Fall, dass in einer Krise nur Interessen der EU-Mitgliedstaaten betroffen sind.

Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten alleine reicht nicht aus, um die Kürzungen im Verteidigungsbudget aufzufangen – so die zentrale Aussage Anna Barcikowskas vom EUISS zur verteidigungspolitischen Zukunft Europas. Mit Blick auf die Sitzungen des Europäischen Rates fordert sie eine Zusage der Staats- und Regierungschefs für höhere Militärausgaben, um Europa zukünftig militärisches Gewicht zu verleihen. Insbesondere im von starken Einsparungen betroffenen F&E-Sektor fordert sie Investitionen.

Egmont Institute (05.2013): And What Will Europe Do? The European Council and Military Strategy.

<http://www.egmontinstitute.be/papers/13/sec-gov/SPB46.pdf>

CER (24.07.2013): The trials and tribulations of European defence co-operation.

<http://www.cer.org.uk/publications/archive/policy-brief/2013/trials-and-tribulations-european-defence-co-operation>

CEPS (16.07.2013): Armaments duplication in Europe: A quantitative assessment.

<http://ceps.eu/book/armaments-duplication-europe-quantitative-assessment>

CES (29.05.2013): Breaking Down the Walls: Improving EU–NATO Relations.

[http://thinkingeurope.eu/sites/default/files/publication-files/livret\\_eu-nato\\_links.pdf](http://thinkingeurope.eu/sites/default/files/publication-files/livret_eu-nato_links.pdf)

EUISS (26.07.2013): Securing the future of European defence.

<http://www.iss.europa.eu/publications/detail/article/securing-the-future-of-european-defence/>

### **3. Jugendarbeitslosigkeit**

Alarmierende Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa beherrschen diesen Sommer die Schlagzeilen. Die Folge sind Programme der EU zur Förderung der „verlorenen“ Generation. Innerhalb der europäischen

Think Tank-Landschaft wird über die Sinnhaftigkeit und Effizienz spezieller Jugendmaßnahmen gestritten.

„Jugendarbeitslosigkeit – Kümmert sich die EU um ihre Zukunft?“ fragt Claire Dhéret von EPC. Dhéret schätzt die junge Generation als besonders betroffen, aber auch lange Zeit politisch vernachlässigt ein. Die „Jugendgarantie“, alle Jugendlichen in Regionen mit mehr als 25 % Jugendarbeitslosigkeit binnen vier Monate in Arbeit, Aus- oder Weiterbildung zu bringen, bewertet sie als unausgereift, da die Ko-Finanzierung durch die betroffenen Mitgliedsstaaten ungeklärt ist. Vorzuziehen ist vielmehr ein umfassender Ansatz, der neben der Schaffung von Arbeitsplätzen auch Ausbildung, Weiterbildung, Mobilität und soziale Schutzmaßnahmen einbindet.

Unterstützt wird Dhéret (EPC) von der Vereinigung FutureLab Europa (Publikation über EPC). Die Krise betrifft junge Menschen auf der Schwelle zur Berufstätigkeit besonders, da eine frühe Arbeitslosigkeit das Selbstwertgefühl drückt und eine Partizipation an der Zivilgesellschaft verhindert.

Mikkel Barslund und Daniel Gros von CEPS weisen den Bedarf an spezieller Jugendförderung innerhalb des EU-Arbeitsmarktes zurück. Die Maßnahmen der EU-Kommission bewerten sie als Aktionismus. Strukturmaßnahmen können nur langfristig wirken und sind von der makroökonomischen Gesamtperformanz abhängig. Die Folge instabiler Wirtschaftsentwicklungen ist Arbeitslosigkeit. Diese betrifft alle Altersgruppen. Eine einseitige Förderung junger oder alter Menschen ist diskriminierend und wirkungslos. Stattdessen sollten die Regierungschefs die Mobilität von Arbeit auf dem europäischen Binnenmarkt fördern.

Daniel Gros (CEPS) bewertet das Problem der Jugendarbeitslosigkeit als statistisch konstruiert. Laut Gros sind die alarmierenden Zahlen hoher Jugendarbeitslosigkeit einer bestimmten Berechnungsmethode geschuldet. Er veranschaulicht dies am Beispiel Griechenlands: Gilt als Berechnungsgrundlage die Arbeitslosenrate eines Landes, so errechnet sich eine Jugendarbeitslosenquote von 66 %. Dieses Ergebnis bedeutet aber nicht, dass 66 % aller Jugendlichen ohne Arbeit sind. Vielmehr sind 66 % aller jugendlichen Ar-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

ISABELLE-CHRISTINE

PANRECK

September 2013

beitsmarktteilnehmer arbeitslos. In Griechenland nehmen jedoch nur 9 % aller Jugendlichen am Arbeitsmarkt teil. Von diesen 9 % sind 66 % arbeitslos. Insgesamt sind also nicht 66 % sondern weniger als 6 % aller Jugendlichen ohne Arbeit.

EPC (26.04.2013): Youth unemployment - Does the EU care about its future?

[http://epc.eu/pub\\_details.php?cat\\_id=3&pub\\_id=3481&year=2013](http://epc.eu/pub_details.php?cat_id=3&pub_id=3481&year=2013)

EPC (29.04.2013): Europe's Lost Generation?

[http://epc.eu/pub\\_details.php?cat\\_id=2&pub\\_id=3486&year=2013](http://epc.eu/pub_details.php?cat_id=2&pub_id=3486&year=2013)

CEPS (26.06.2013): Unemployment is the scourge, not youth unemployment per se: The misguided policy preoccupation with youth.

<http://www.ceps.be/book/unemployment-scourge-not-youth-unemployment-se-misguided-policy-preoccupation-youth>

CEPS (14.06.2013): Combating Youth Unemployment: The latest European fad.

<http://www.ceps.be/book/combating-youth-unemployment-latest-european-fad>

#### 4. Energieversorgung

Im Mittelpunkt der europäischen Energiediskussionen stehen die Erhöhung der Energieeffizienz und die Stärkung der Unabhängigkeit von Energieimporten. Die Brüsseler Think Tanks evaluieren bestehende Ziele und neue Ideen.

Das Forschungsteam von CEPS, bestehend aus Arie Bleijenberg, Christian Egenhofer, Arno Behrens, Vasileios Rizos und Monica Alessi, bewertet die Umsetzung des Reduktionsziels von Treibhausgasen im Transportsektor. Die EU-Kommission strebt eine Senkung um 60 % bis 2050 im Vergleich zum Basisjahr 1990 an. Die Autoren schätzen dieses Ziel als realistisch ein, wenn baldmöglichst entsprechende Maßnahmen getroffen werden. Im Einzelnen schlagen sie eine Verschärfung der Emissionsstandards, eine höhere Energieeffizienz von Autos und die Nutzung alternativer Treibstoffe vor. Eine Anreizpolitik durch spezielle Subven-

tionen lehnen die Autoren ab. Überdies befürworten sie eine Erhöhung der Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie ein allgemein geltendes Tempolimit.

Durch die Förderung von Schiefergas erreichten die USA eine erhebliche Senkung der Energiekosten. David Buchan von CER evaluiert das Potenzial von Schiefergas für den europäischen Markt. Eine Entlastung vergleichbar mit der in den USA ist laut Buchan nicht zu erwarten. Zwar könnte Schiefergas die alternative Energieversorgung jenseits der Kohle ergänzen. Ohne Subventionen ist die Technologie jedoch zu teuer. Eine europaweite Ausbeutung des Schiefergases empfiehlt Buchan zum jetzigen Zeitpunkt daher nicht, wenn auch einzelne Regionen von Schiefergas profitieren könnten.

Alan Riley von CEPS befürwortet eine Ausweitung der europäischen Energiegemeinschaft. Der Vertrag soll zukünftig für alle den Energiesektor betreffende Umweltregeln gelten. Zudem empfiehlt er weitere Energiepartnerschaften der EU mit den Balkanstaaten. Neben den positiven Entwicklungen im Energiesektor sieht Riley den Vorteil eines Spill-over-Effekts auf andere Rechtsgebiete.

CEPS (12.06.2013): Pathways to Low Carbon Transport in the EU. From Possibility to Reality.

<http://www.ceps.be/book/pathways-low-carbon-transport-eu-%E2%80%93-possibility-reality>

CER (10.07.2013): Can shale gas transform Europe's energy landscape?

<http://www.cer.org.uk/publications/archive/policy-brief/2013/can-shale-gas-transform-europes-energy-landscape>

CEPS (08.07.2013): Deploying the Energy Incentive: Reinforcing EU Integration in South-East Europe.

<http://ceps.eu/book/deploying-energy-incentive-reinforcing-eu-integration-south-east-europe>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

ISABELLE-CHRISTINE

PANRECK

September 2013

## 5. Syrienkonflikt

Der Einsatz von Giftgas gegen die syrische Bevölkerung sorgt für erneute Diskussionen um einen militärischen Eingriff der internationalen Gemeinschaft. Die Brüsseler Think Tanks analysieren die Positionen und Interessen der verschiedenen Akteure.

Steven Blockmans von CEPS bewertet die Situation der USA als Dilemma: Durch eine Intervention ohne UN-Mandat würden die USA ihre eigene Position als Supermacht stärken. Gleichzeitig hieße ein solches Eingreifen der Bruch des geltenden internationalen Rechts. Würden die USA dieses beachten und nicht intervenieren, stände jedoch die eigene Vormachtstellung auf dem Spiel. Andere Staaten könnten das passive Verhalten als Einladung verstehen, demnächst ohne die USA in andere Krisenherde einzugreifen. Blockmans empfiehlt zur Lösung des Dilemmas eine Koalition der Willigen und Fähigen. Unter Oberkommando der USA und mit Unterstützung der EU soll die internationale Gemeinschaft ohne rechtliche Absicherung in Syrien eingreifen. Er begründet seine Haltung mit der Schutzverantwortung (R2P) gegenüber der syrischen Zivilbevölkerung.

Durch die Blockade Russlands im UN-Sicherheitsrat erhält eine Intervention in Syrien kein UN-Mandat. Florence Gaub und Nicu Popescu von EUISS erläutern das russisch-syrische Verhältnis. Die russische Unterstützung Assads führen die Autoren auf die enge Verbindung zwischen der UdSSR und Syrien zur Zeit des Kalten Krieges zurück. Die Präsidenten Vladimir Putin und Bashar al-Assad ließen die Partnerschaft 2000 abseits des internationalen Interesses wieder aufleben. Die Autoren halten eine Umstimmung Russlands im UN-Sicherheitsrat für unwahrscheinlich, sodass sie ein weiteres Vorgehen ohne die Beteiligung Russlands empfehlen.

Ian Bond von CER evaluiert die britische Absage an eine militärische Intervention in Syrien. Die Folgen für das britisch-amerikanische Verhältnis schätzt er als gering ein. Zwar führt das britische Verhalten zu Irritationen in der besonderen Beziehung der beiden Staaten, doch wird diese nicht dauerhaft geschädigt. Als problematisch bewertet er die Positionierung in Hinblick auf die militärstrategische Zukunft des Landes. Großbritannien riskiert das internationale Geschehen

nur noch von der Seitenlinie aus zu beobachten. Einfluss wird es so nicht mehr ausüben. Bond hält dies in Anbetracht der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen des Landes für risikoreich.

CEPS (04.09.2013): Syria and the red lines of international law.

<http://ceps.be/book/syria-and-red-lines-international-law>

EUISS (05.09.2013): Russia and Syria - The odd couple.

<http://www.iss.europa.eu/publications/detail/article/russia-and-syria-the-odd-couple/>

CER (04.09.2013): The Commons vote on Syria: The world turned upside down.

<http://www.cer.org.uk/insights/commons-vote-syria-world-turned-upside-down>